



# BIA Nürnberg



## ...die deutsche Kraft für Nürnberg!



# NACHRICHTEN

(Nr. 1/ 2017)

NÜRNBERG - Aktuelles aus Stadt und Rathaus - Ausgabe 47  
BIA-Nachrichten - Das deutsche Stadtblatt - für Volk und Heimat  
www.bia-nuernberg.de ePost: bia-nuernberg@gmx.de

Debattieren Sie mit uns:



Bürgertelefon  
0160/98232072

## Politik für unsere Bürger!

Eine "Nürnberger Erklärung zu Flucht - Asyl - Menschenwürde" haben kürzlich sattsam bekannte Bündnispartner aus Kirchen, DGB und einer "Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)" veröffentlicht. Darin wird neben allgemein bekannten "Binsenweisheiten" eine "beteiligungsorientierte Integrationspolitik" gefordert, sowie ein "kommunales Wahlrecht für alle, auch für Drittstaatsangehörige", was gesetzlich gar nicht zulässig ist. Und auch nicht wünschenswert! Ein überflüssiges Dokument also, welches aber deutlich macht, wie in diesen Kreisen gedacht und Politik betrieben wird. Das ist Politik gegen die Interessen unserer einheimischen Bürger!

Dagegen hier die einzig wahre "Nürnberger Erklärung", die von der BIA vor einem Jahr verabschiedet wurde und weiterhin **höchst aktuell** ist:

**Deutschland ist kein Einwanderungsland, sondern soll unsere Heimat bleiben!**

Der massenhafte Zustrom von sogenannten Asylbewerbern überschwemmt Deutschland und somit auch Nürnberg. Das Recht auf Asylgewährung bei politisch Verfolgten wird von den multikulturellen Extremisten gezielt dazu missbraucht, um eine ungeheure Einwanderung in unser Land zu dulden und auch zu fördern. Die selbsternannten Gutmenschen spenden hierzu Applaus und die offizielle Politik sorgt mit der weltweiten Propaganda einer „Willkommenskultur“ dafür, dass sich immer mehr Menschen aus aller

Welt auf den Weg ins „Merkel-Land“ machen. Oft mit falschen Vorstellungen und unerfüllbaren Erwartungen.

Allein in der Türkei und im Libanon halten sich derzeit etwa vier Millionen Syrer auf, wovon die Masse nach Deutschland weiterziehen will. Wir stellen fest, dass die schmutzigen Kriege der USA zu gigantischen Flüchtlingsströmen geführt haben, insbesondere der völkerrechtswidrige Krieg gegen den Irak, der vom Westen inszenierte Sturz von Ghaddafi in Libyen und die ebenfalls von außen betriebene Destabilisierung von Syrien. Das Totalversagen in Afghanistan kommt noch dazu.

Wenn das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte weiterhin garantiert werden soll, dann muss der Missbrauch des Asylrechts rigoros beendet werden. Es grenzt an moralischen Größenwahn, wenn die herrschende Politik uns weismachen will, dass man zwischen Asylberechtigten, vorübergehend Schutzsuchenden und der rein wirtschaftlich motivierten illegalen Einwanderung jetzt nicht unterscheiden dürfe. Die allein in diesem Jahr zu erwartenden Einwanderer aus völlig anderen Kulturkreisen sind eben hauptsächlich keine politisch Verfolgten. Die einwanderungseuphorischen Politiker und die Talkshow-Intellektuellen haben die Lage längst nicht mehr im Griff. Wir können keine weiteren Millionen Afrikaner und/ oder Muslime mehr in unserem Land aufnehmen, geschweige denn integrieren!

Wer grenzenlose Solidarität mit

den hier ankommenden Menschenmassen einfordert, sieht nicht die Sorgen und Nöte der hier lebenden einheimischen Bürger. Immer noch gibt es Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und zunehmende Altersarmut, die gerade die Deutschen trifft, die nach dem letzten Krieg unser Land wieder aufgebaut haben. Millionen unserer Bürger kommen aus der Hartz IV-Falle nicht heraus.

**Deshalb fordern wir:**

- Schluss mit dem massenhaften Asylbetrug!**
- Unverzügliche Abschiebung abgelehnter Asylbewerber!**
- Strafbarkeit der Beihilfe zum Asylbetrug, z.B. für Schleuser!**

**4. Schluss mit der ungehinderten Einwanderung und Sicherung unserer Grenzen!**

**5. Einhaltung der deutschen Gesetze und der europäischen Vereinbarungen!**

Die Bürgerinitiative A (BIA) e.V. sieht sich als kommunale Interessenvertretung für unsere Bürger und ist die deutsche Kraft im Nürnberger Stadtrat! Wir sind solidarisch mit allen einwanderungskritischen politischen Kräften, auch wenn wir mit einigen nicht in allen Aussagen übereinstimmen. "Zukunft für uns Deutsche - statt Zuwanderung & Verdrängung" muss das gemeinsame Anliegen sein!



*Unsere Heimat Nürnberg schützen -*

# Verschuldung und Überfremdung stoppen!

## Aktuell aus dem Nürnberger Rathaus - Grundsatzerklärung zum Haushalt 2017

*Herr Oberbürgermeister, Damen und Herren, werte Mitbürger,*

es wird Sie nicht wundern, dass wir den vorgelegten Haushaltsentwurf für 2017 ablehnen.

Ein Haushalt, mit dem Sie ihre im Jahre 2014 selbst formulierten Ziele weiterhin verfehlen.

In der Vereinbarung von SPD und CSU hieß es damals: "Ziel bleibt ein ausgeglichener Haushalt und eine Begrenzung der Neuverschuldung und wenn möglich darüber hinaus eine Reduzierung der Verschuldung". Keines dieser Ziele wurde auch nur annähernd erreicht. Und wir haben wieder eine hohe zusätzliche Verschuldung, mit geplanten 56,7 Mill. €. Seit dem Amtsantritt von Herrn OB Dr. Maly im Jahre 2002 hat es auch in Kooperation mit der CSU nur in einem einzigen Jahr, nämlich (welch Zufall) im Vorjahr der letzten

Kommunalwahlen 2013, eine minimale Schuldenreduzierung gegeben. Insgesamt ist die Verschuldung **seit 2002 im Kernhaushalt von 860 Millionen Euro auf 1,37 Mrd. gestiegen, eine Erhöhung um 59 %!**

Gerechnet mit den steuerfinanzierten Eigenbetrieben von 890 Millionen Euro auf 1,44 Milliarden und damit um eine Erhöhung von 62 %. Die Gesamtschulden nähern sich mit 1,81 Mrd. Euro der 2 Milliarden Marke. Es ist lediglich dem niedrigen Zinsniveau zu verdanken, dass die Zinslast für

die Schulden im nächsten Jahr "nur" rund 36 Mill. Euro beträgt. Geld welches aber ebenso nicht für Investitionen eingesetzt werden kann. Und die derzeitigen Niedrigzinsen sind auch kein Naturgesetz. Noch schlimmer ist der Ausblick für das "Szenario" bis 2026, wo eine Finanzierungslücke von rund 750 Millionen Euro besteht.

Es ist nach unserer Auffassung keine verantwortungsvolle Finanzpolitik, zukünftige Generationen mit einem derartigen Schuldenberg zu belasten, mit unabsehbaren Folgen.



Bereits seit 2009 warnt der Bay. Kommunale Prüfungsverband davor, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Nürnberg nicht mehr gewährleistet ist und eine bilanzielle Überschuldung droht.

Es reicht nach unserer Mei-

nung nicht aus, "Sparpakete" zu schnüren, die aus Umschichtungen innerhalb der Eigenbetriebe bestehen, den Verkauf von städtischem Eigentum, wie z.B. Wohnungen, beinhalten, erhöhte Zuschüsse mit einrechnen und vor allem in höheren Belastungen für die Bürger bestehen. Die für den Haushalt 2017 geplanten "Erträge aus Leistungsentgelten" sehen Steigerungen in allen Bereichen vor: Bei den Verwaltungsgebühren, bei den Eintrittsgeldern, bei den Wohn- und Verpflegungsgebühren, bei Miet- und Pachtverträgen, bei den Bestattungsgebühren

etc. Besonders schlimm ist auch die Wiedereinführung der Gebühren für die Stadtbücherei, die Einführung der Parkgebühren am Tiergarten und die Erhöhung in vielen anderen Parkzonen sowie die Erhöhungen bei der VAG. Ob die praktizierte Preispolitik den öffentlichen Nahverkehr nachhaltig fördert, darf bezweifelt werden.

So stieg von 2011 bis 2016, also innerhalb eines Zeitraumes von nur 5 Jahren, die Einzelfahrt um 43 Prozent und das hochgelobte Monatsabo immerhin auch um 29 %, ebenso wie die Mobicard.

Sicherlich wurden einige sehr preisgünstige Produkte für einen allerdings eingeschränkten Personenkreis eingeführt, aber die Nutzung für die breite Mehrheit hat sich doch wesentlich verteuert in den letzten Jahren. Und auf dieser Linie soll es ja weitergehen. Auch die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ist noch nicht vom Tisch und bleibt eine reale Option für die nächste Zeit.

Anstatt die Bürger immer mehr mit Gebühren und Abgaben zu belasten, sollte sich die Stadtverwaltung auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Angesichts notwendiger Investitionen ist die Zeit für Prestigeobjekte und der Verteilung von Wohltaten für verschiedene Interessengruppen

vorbei. Sicherlich wäre eine Bewerbung Nürnbergs für den Titel einer "Europäischen Kulturhauptstadt" ein gute Gelegenheit sich in ganz Europa darzustellen. Passt aber eine solche Bewerbung tatsächlich in die Situation unserer Stadt, mit ihren finanziellen Zwängen und den sozialen Problemen? Ist es angezeigt noch mehr Geld für Kultur und Kunstobjekte auszugeben, während immer mehr Menschen Probleme haben ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und sichtbar für jeden es zum Beispiel immer mehr Flaschensammler in der Stadt gibt, weil der Verdienst oder die Rente nicht ausreicht oder Krankheit eine Erwerbstätigkeit verhindert? Und das, obwohl die Sozialleistungen auch im Haushalt 2017

weiter ansteigen. Rechnet man die ebenfalls steigende Bezirksumlage für Soziales dazu, sind die geplanten insgesamt 753,5 Millionen Euro fast 40 % der Aufwendungen des Nürnberger Stadthaushaltes. Für die Leistungen nach dem "Asylbewerberleistungsgesetz" sind fast 100 Millionen Euro eingeplant, die im Prinzip der Freistaat Bayern übernimmt, auf jeden Fall aber letztlich der Steuerzahler. Als städtische Kosten sind 7,2 Millionen für die Sozialbetreuung der Flüchtlinge eingeplant. Zusätzlich entstehen erhebliche Kosten für "unbegleitete jugendliche Flüchtlinge". Und von den ca. 200 neuen Planstellen in der Verwaltung sind alleine für die Flüchtlingsbetreuung rund 70 Vollzeit-

stellen vorgesehen. Vergessen wird auch zu erwähnen, dass mit den sogenannten "Flüchtlings", die nach der Familienzusammenführung durchaus dann etwa 10 % der Stadtbevölkerung, zusätzlich zum bestehenden Migrantenteil, stellen könnten, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, erhebliche weitere Kosten auf die Stadtverwaltung zukommen. Einerseits durch Hartz IV-Leistungen, da die meisten in absehbarer Zeit nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können und dann natürlich im Sozialbereich generell, wie auch massiv im Schulbereich.

Bereits seit vielen Jahren gibt es bei uns erhebliche Versäumnisse beim sozialen



Wohnungsbau, ohne das man hier große Anstrengungen unternommen hat. Nun auf einmal sollen aber in möglichst kurzer Zeit auch die letzten freien Flächen für den Geschoss-Sozialwohnungsbau herangezogen werden, um die wachsende Bevölkerung unterzubringen, ursächlich nicht mehr durch Zuzug aus dem Umland, sondern hauptsächlich durch Zuzug aus dem Ausland. Ist dies tatsächlich eine wünschenswerte Entwicklung? Wir jedenfalls sind nicht dieser Auffassung. Der Herr Oberbürgermeister hat vor einiger Zeit zum Zuzug von "Flüchtlings" erklärt: "Das geht alles, das schaffen die Kommunen alles. Das kriegen wir hin, das kostet aber Geld". Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang die Ausführungen einer muslimischen SPD-Kommunalpolitikerin, Katja Schneidt aus Büdingen, die selbst

langjährige Flüchtlingshelferin war und gerade ein Buch mit dem Titel **"Wir schaffen es nicht - Warum die Flüchtlingskrise Deutschland überfordert"** veröffentlicht hat und darin erklärt: **"Wir sind zu naiv und zu tolerant."** Aber natürlich kann man mit Geld vieles regeln. Wenn sie den "Flüchtlings" Geld, Unterkunft und sonstige Hilfen geben, werden diese sicherlich erst mal ruhiggestellt und sind vorläufig zufrieden. Nur ist das sozial gerecht? **Bereits jetzt werden rund 50% der Sozialausgaben für Personen mit "Migrationshintergrund" ausgegeben.** Und wie sieht die Zukunft dann aus? Es geht bereits jetzt zulasten der heimischen Bürger und was ja von entscheidender Wichtigkeit ist: Der große Zuzug von zum großen Teil nicht integrierbaren außereuropäischen - und kulturfremden Menschen wird unsere Gesellschaft und

unser Stadtbild tiefgreifend verändern. Auch die Auswirkungen auf unsere Sicherheit dürfen nicht verschwiegen werden. Wir werden diese Entwicklung jedenfalls nicht widerspruchslos hinnehmen und demokratisch-politisch dagegen vorgehen. Wir wollen, dass unsere Heimat Nürnberg eine wohnliche lebenswerte Stadt mit deutschem Charakter bleibt. Und dafür, nicht wegen

auch tatsächlich auszuweisen. Und es muss den "Flüchtlings" verdeutlicht werden, dass das Asylrecht ein Recht auf Zeit ist und sie nach dem Wegfall des Asylgrundes wieder in ihre Heimat zurück müssen.

**Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Finanzpolitik der Stadtverwaltung gefährdet die Zukunftsfähigkeit unse-**

## Attraktivität des Egidienplatzes

Nachdem sich die Altstadtfreunde mit der Wiederherstellung des Pellerhofes bleibende Verdienste um die Pflege dieses städtebaulich-künstlerischen Erbes erwerben, kommt es jetzt für die Stadtverwaltung darauf an, den Blick auf den Egidienplatz als Ganzes zu richten.

Es geht darum, Vorschläge zu generieren, wie dieser Platz, der heute als Parkplatz und Altstoffcontainerfläche genutzt wird, wieder belebt werden kann. Denkbar ist hier eine entsprechende Platzmöblierung, mit Sitzgelegenheiten, entsprechender Beleuchtung und Bepflanzung.

Wir haben deshalb für den Stadtrat folgenden Antrag gestellt:

**"Die Stadtverwaltung erarbeitet Vorschläge und bringt diese in die Beratungen ein, wie dieser historische Platz in der Nürnberger Altstadt so gestaltet werden kann, dass er der einzigen Barockkirche der Stadt, der wieder aufgebauten Egidienkirche, zusammen mit dem Pellerhaus und dem Kaiserdenkmal wieder einen würdigen Rahmen gibt und für die Bürger wieder zu einem Platz mit Aufenthaltsqualität wird."**



Stadtrat Ralf Ollert mit dem neuen BIA-Geschäftsführer Bobby Grund.

"Multi-Kulti", kommen auch jährlich Millionen von Touristen in unsere Stadt, um diesen Charme Nürnbergs zu erleben. Diesen gilt es zu schützen und zu bewahren.

**Es wäre die Pflicht der Stadtverwaltung gewesen, sich gegen die Aufnahme von "Flüchtlings" zu wehren,** die hauptsächlich im Herbst 2015 hier illegal eingereist sind, entgegen deutscher Gesetze und europäischer Vereinbarungen. Jetzt besteht die Mitwirkungspflicht, alles zu tun, um abgelehnte Asylbewerber

**rer Stadt und belastet zunehmend die steuerzahlenden Bürger. Anstelle einer Politik für die einheimischen Bürger und Fürsorge für die sozial Schwachen, wird eine entsolidarisierende Einwanderungspolitik aktiv betrieben und eine "Multi-Kulti"-Gesellschaft gefördert.**

Aus diesen Gründen kann die BIA dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Ralf Ollert, Stadtrat  
BIA-Gruppensprecher



[www.bia-nuernberg.de](http://www.bia-nuernberg.de)

Erscheinungsvermerk  
Anschrift Herausgeber  
und Verlag:

Bürgerinitiative A (BIA) e. V.  
Postfach 61 01 06  
90221 Nürnberg

Nächste Ausgabe: bis zum 01.07.2017

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

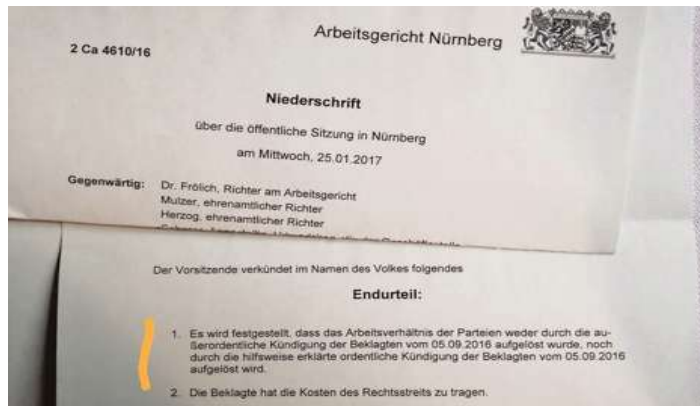
**Herausgeber und V.i.S.d.P.:**  
Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg, E.i.S.  
Bürgertelefon: 0160/98232072, ePost: bia-nuernberg@gmx.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.



**Bürgertelefon**  
**0160/98232072**

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der BIA-Nachrichten regelmäßig per Post erhalten? Dann schreiben Sie uns an die angegebene Adresse.

**Die Wählergruppe BIA steht in voller Solidarität zu ihrem Stadtrat Fridrich Luft.**



In der von der VAG ausgesprochenen fristlosen Kündigung aus angeblich "wichtigem Grund" sieht sie einen rein politisch motivierten Akt.



Dies zeigt sich schon alleine an der vermutlich wohl aktiven Rolle von SPD-Genosse Bürger-

meister Christian Vogel, der auch Vorsitzender des VAG-Aufsichtsrates ist. Anstelle sachlich über die BIA-Stadtratsgruppe zu berichten, haben die Nürnberger "Qualitätsmedien" eine Verleumdungskampagne gegen unseren Stadtrat Luft inszeniert, mit der Behauptung einer faktisch nicht erfolgten Dienstverfehlung des VAG-Mitarbeiters. Dadurch wurde ein öffentlicher Druck aufgebaut, den die Politik und die VAG aufgegriffen haben. Der Betroffene selbst kommt dabei in den Nürnberger Medien nicht zu Wort.

Das Arbeitsgericht hat jetzt entsprechend zu Gunsten von Fridrich Luft geurteilt.

*Ralf Ollert*  
BIA-Gruppensprecher im Stadtrat

**M E H R LEBENSQUALITÄT für die Besucher und Bürger Nürnbergs statt ABRISS der historischen BAHNHOFSPOST**

**Skizze:** >>  
**Erhalt des Bauwerkes** mit AUSSICHTSPLATTFORM/ GASTRONOMIE, erreichbar über einen GLÄSERNEN AUFZUG zur belebten 'Hotelmeile' hin.

**Die drohende Alternative:** Bestand und der 1. Preis!  
Alle Sünden sind verzeihbar - nicht jedoch die Bausünden (Zitat Goethe zugeschr.) <<



**Tolle Aussicht auf die Stadt - nur bei Erhalt des Postbaus:**  
... und das wäre zu sehen vom Aussichtsbereich bzw. Restaurant (!) <<



**Stadtratssitzungen 1. Halbjahr 2017 (bis Sommerpause):**

Öffentlichen Sitzungen des Stadtrates im Großen Sitzungssaal, Rathaus am Fünferplatz 2, jeweils mittwochs um 15 Uhr - Termine: 22.3.17, 26.4.17, 24.5.17, 28.6.17, 26.7.17

**BÜRGERINITIATIVE-A (BIA)e.V.**

*für Nürnberg*

Die BIA ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Sie will einen freiheitlich-demokratischen deutschen Rechtsstaat durchsetzen. **Wir werden den Niedergang unserer Stadt beenden!**



**Mitgliedsantrag**

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon geb.

e-Mail

[www.bia-nuernberg.de](http://www.bia-nuernberg.de)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in dem Verein "Bürgerinitiative A (BIA)"

Gebührenordnung der BIA

1. Aufnahmegebühr: Die Aufnahmegebühr beträgt 5,- Euro einmalig.
2. Mitgliedsbeitrag: Der Mitgliedsbeitrag beträgt 5,- Euro jährlich und ist am Beginn jedes Jahres fällig bzw. sofort bei Aufnahme in den Verein.

Ich erkenne die Satzung und die Beitragsordnung an (beide sind online einsehbar und auch anforderbar).

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie den Aufnahmeantrag an: Bürgerinitiative A (BIA) e.V., Postfach 610106, 90221 Nürnberg